

Aus den Sektionen

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **42 (1967)**

Heft 8

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

In memoriam Paul Fröhlich, Luzern



Nur wenige Wochen nach seinem Rücktritt aus dem Zentralvorstand des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen starb am 16. Juli 1967 nach kurzem Unwohlsein an einem Herzschlag alt Stadtrat Paul Fröhlich im 73. Lebensjahr. Sein Wirken in seiner Wahlheimat Luzern begann mit der Lehre beim AKV Luzern. Nach einem Aufenthalt in Belgien kehrte er bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu seiner Lehrfirma zurück, wo er nach mehreren Jahren pflichtbewusster Tätigkeit zum Chefbuchhalter und Bürochef befördert wurde und bis zu seiner Wahl in den engern

Stadtrat im Jahre 1950 in Aufopferung und Treue der Firma diene. Schon von 1935 bis 1950 war der Verstorbene Mitglied des Grossen Stadtrates, den er im Jahre 1940/41 präsierte. In der städtischen Finanzkommission stellte er sein Können und Wissen zur Verfügung, war zudem viele Jahre Chef der sozialdemokratischen Fraktion. Als Vormundschafsdirektor der Stadt Luzern kam sein soziales Empfinden, sein Eingehen auf die Nöte der Bedrückten voll zur Geltung. Auch in den Nationalrat berief ihn die Luzerner Arbeiterschaft, und im Grossen Rat des Kantons hatte er 12 Jahre Sitz und Stimme. Bis zu seinem Lebensende war er ab 1952 Mitglied des Bankrates der Luzerner Kantonalbank.

Besonders verbunden aber war Paul Fröhlich mit dem Genossenschaftswesen. Schon seine Arbeit beim AKV liess ihn die Kraft, die der Zusammenschluss der Schwachen in sich birgt, erkennen. Seine Tätigkeit als umsichtiger mehrjähriger Präsident der Volkshaugenossenschaft, als finanzieller Berater der Unionsdruckerei wie als Obmann der Geschäftsprüfungskommission der ABL von 1939 bis 1948 zeigen seine Verbundenheit mit dem Gemeinschaftswesen. Im Jahre 1951 wurde er als Nachfolger von Anton Muheim mit dem Präsidium der ABL vertraut, der er in initiativer Weise bis zum 14. April 1966 vorstand. Fast der ganze Ausbau des Studhaldenareals mit 240 Wohnungen wie die Ergänzung der Bauten im Obermaihof mit 26 Wohnungen fielen nebst Modernisierungsarbeiten in andern Quartieren in seine Amtszeit. Seit der Gründung der Sektion Innerschweiz des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen im Jahre 1952 war Paul Fröhlich fünf Jahre Präsident und viele Jahre Vertreter im Zentralvorstand des schweizerischen Dachverbandes der Exponenten des genossenschaftlichen Wohnungbaues. An der Generalversammlung des Verbandes für Wohnungswesen im Mai dieses Jahres in Luzern wurden bei seinem Rücktritt die Verdienste des Verstorbenen noch gewürdigt.

Paul Fröhlich hat eine Unsumme von Arbeit geleistet. Seine Arbeit war ihm aber nicht Selbstzweck, sondern Ausdruck seiner sozialen Gesinnung. Nur ein Jahr der Entspannung in beschaulicher Ruhe war ihm beschieden, ehe ihn der Tod von der Seite seiner Gattin und seinen zwei Söhnen riss. Dem Verstorbenen ist durch sein Wirken in weiten Kreisen ein ehrendes Andenken gewiss. Er ruhe in Frieden. *W. B.*

Bund der Basler Wohngenossenschaften

In einem Kanton, in welchem keine Landreserven mehr vorhanden sind, ist es nicht leicht, den genossenschaftlichen Wohnungsbau voranzutreiben. Und doch bleibt dies das Hauptziel des Bundes der Basler Wohngenossenschaften.

Mit einem gewissen Stolz vermerkt der Jahresbericht des Bundes pro 1966, dass neben 4 Einzelpersonen und 8 öffentlichen und privaten Körperschaften (unter anderem ACV beider Basel) 95 Bau- und Wohngenossenschaften mit rund 8500 Wohnungen mit einem Anlagewert von 250 Millionen diesem Bunde angehören.

Die Wohnbautätigkeit im Kanton Baselstadt ist zurückgegangen. Das Statistische Amt Baselstadt schreibt in seinem Bericht über den Wohnungsbau im Kanton, er befinde sich in einem Wellental, die Basler Wohnungsproduktion habe im Jahre 1966 nicht mehr das gewohnte Ausmass erreicht. Auch in den Nachbarkantonen, vorab im Kanton Baselland, war die Bautätigkeit geringer.

Es war also keine besonders günstige Ausgangslage, in der unter dem Präsidium von Werner Pfister die diesjährige Dele-

giertenversammlung im grossen «Saffran»-Saal zu Basel zusammentrat.

Die üblichen Jahresgeschäfte fanden unter der gewandten Leitung des Präsidenten eine nahezu reibungslose Abwicklung. Beim Jahresbeitrag wurde aus Mitgliederkreisen verlangt, dass zuviel einbezahlte Pflichtanteile zurückzuzahlen und die Pflichtanteile grundsätzlich zu verzinsen seien. Vom Vorstandstisch wurde erklärt, wenn man eine Verzinsung der Pflichtanteile verlange, so müsste der Jahresbeitrag erhöht werden, da ja bereits eine Erhöhung des Beitrages an den schweizerischen Verband in Kraft getreten sei. Mit grossem Mehr beschloss die Versammlung, weiterhin auf eine Verzinsung der Pflichtanteile zu verzichten.

Redaktor Jürgen Zimmermann berichtete kurz über die Entwicklung eines Kindes des Basler Bundes, der Wohngenossenschaft Stückgarten in Etingen, wo die ersten 24 Wohnungen Ende Juni bezogen werden konnten.

Mit augenscheinlicher Sympathie wurde der Bericht des Zentralsekretärs K. Zürcher über die Solidaritätsaktion des schweizerischen Verbandes aufgenommen. Diese Aktion verzeichnet auf Ende Mai das ansehnliche Resultat von 300 000 Franken, von denen bereits 200 000 eingesetzt sind. Nach weiteren 200 000 herrscht Nachfrage! Besonders interessierten auch die Ausführungen Zürchers über die Probleme der Endfinanzierung sowie die technische Beratungsstelle in Zürich, welche allen interessierten Genossenschaften, welche zu bauen beabsichtigen, offensteht. Dort können sie ihre Projekte von einer

neutralen und technisch zuständigen Stelle begutachten lassen. Den Höhepunkt des Abends bildete die kontradiktorische Behandlung der Initiative für ein neues Bodenrecht. Nationalrat H. Hubacher, Redaktor der «AZ», sprach dafür, Redaktor Heinz Kreis von den «Basler Nachrichten» dagegen, beide mit wohlthuender Sachlichkeit. *F. K.*

Sektion Bern

In Münsingen fand die gutbesuchte Generalversammlung der Sektion Bern des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen statt. Die Vormittagsstunden waren der Besichtigung der Baubeschlägefabrik USM reserviert. Die Teilnehmer erhielten unter kundiger Führung Einblick in diesen modernen, durchrationalisierten Betrieb, der für die Baubranche arbeitet. Die Hauptversammlung, präsiert von Kurt Iseli, Biel, genehmigte den Jahresbericht des Vorsitzenden, die Rechnungsablage des Kassiers Jules Glauser, Biel, sowie den Voranschlag für das Jahr 1967. Der Mitgliederbeitrag pro Wohnung wurde um 50 Rappen erhöht, dazu kommen noch 50 Rappen für den Wohnaufonds, somit total 2 Franken.

Als Vertreter der Sektion Bern in den Zentralvorstand werden abgeordnet: Albert Frei, Ludwig Schmid, Kurt Iseli und Jules Glauser. Mit diesen Vorschlägen werden die Interessen der Landesteile berücksichtigt.

Die Orientierung über die Regionalbernische Wohnbauförderung (REBEWO) hatte Architekt Hans Reinhard, Bern, übernommen. In einem klaren Kurzreferat verstand es der Referent, Zweck und Ziel dieser Institution zu erläutern, die im Beraten, Planen, Koordinieren und Finanzieren bestehen. Über die Frage der Beteiligung der Sektion Bern fand eine eingehende Aussprache statt, wobei sich verschiedene Votanten darüber beklagten, bis jetzt nicht richtig aufgeklärt worden zu sein. Der anwesende Zentralsekretär Zürcher verstand es aber, gewisse Zweifel zum Verschwinden zu bringen, und so wurde schliesslich der Beitritt mit einer Einlage von 12 000 Franken beschlossen.

Das Kurzreferat von Fritz von Gunten, Biel, über den genossenschaftlichen Wohnungsbau mit Bundeshilfe zeigte die Möglichkeiten, wie sie sich nach dem Bundesgesetz ergeben, welches auf den 1. März 1966 in Kraft getreten ist. Nach diesem Gesetz ist es möglich, den sozialen Wohnungsbau bis zu einem Drittel zu verbilligen, Alterswohnungen sogar um die Hälfte. Es ist empfehlenswert, dieses Gesetz eingehend zu studieren; der Referent verwies auf ein Beispiel einer seeländischen Gemeinde, wo gegenwärtig auf dieser Basis genossenschaftliche Wohnungen erstellt werden.

Die Tagung stand im Zeichen von kritischen, aber in positivem Geist geführten Diskussionen. Möge sie dazu beitragen, den Wagemut und die Initiative der Baugenossenschaften zu stärken. *F. T.*

Sektion Aargau: Bericht über die Generalversammlung und die Sektionstätigkeit

Dem Jahresbericht 1966 des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen konnte entnommen werden, dass der Aargau mit 10 Genossenschaften und 1085 Wohnungen die kleinste Sektion unseres Verbandes darstellt. Der Sektionsvorstand und auch die einzelnen Genossenschaften sind aber sehr bestrebt, den im genossenschaftlichen Bauen immer noch unterentwickelten Aargau aus dem Dornröschenschlaf zu wecken. Dass die Sektion zurzeit sehr aktiv ist, durfte auch Zentralsekretär Karl Zürcher anlässlich seines Besuches der Generalversammlung vom 29. Juni 1967 erfahren. Die Zahl der Mitglieder genossenschaften konnte innert Jahresfrist von 10 auf 18 erhöht werden. Nachdem der Wohnungsbestand von 1965 auf 1966 von 914 auf 1085 angestiegen ist, kann damit gerechnet werden, dass heute etwa 1400 bis 1500 Wohnungen im Eigentum der Mitgliedergenossenschaften stehen. Leider wird durch die Ablehnung des Gesetzes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues den Genossenschaften das Bauen nicht erleichtert. Es wird sehr schwierig sein, ohne Mietzinsbeihilfen den genossenschaftlichen Wohnungsbau im gleichen Rahmen voranzutreiben wie in den letzten Jahren. Die aargauischen Genossenschaften werden jedoch ihr Möglichstes tun, um auch ohne Mietzinsbeihilfen weiterbauen zu können. Nebst den ordentlichen Traktanden wurde an der Generalversammlung vom 29. Juni eine allgemeine Aussprache über das Thema «Die Sorgen der Wohnbaugenossenschaften» durchgeführt. Es zeigte sich dabei, dass nach wie vor die Finanzierung der Bauvorhaben den Genossenschaftsvorständen am meisten Sorgen bereitet. Während früher vor allem die Restfinanzierung immer wieder grosse Schwierigkeiten machte, ist es heute in vielen Fällen sogar unmöglich, eine erste oder zweite Hypothek zu angemessenen Zinssätzen zu finden. Es müssen einfach Mittel und Wege gefunden werden, damit der Bund seine Versprechungen bezüglich der Finanzierung des Wohnungsbaues einhält.

Der Sektionsvorstand wird an einer nächsten Sitzung beraten müssen, wie die Publizität über das genossenschaftliche Bauen und Wohnen verstärkt werden kann. Nur so wird es möglich sein, ein neues Wohnbaugesetz, das bereits durch eine Motion gefordert worden ist, in einer Volksabstimmung durchzubringen. Die Zeit bis zu dieser Volksabstimmung, die möglichst im Frühling 1968 stattfinden sollte, muss durch Aufklärungsaktionen genutzt werden. Auch sollten die Genossenschaften bis zu diesem Zeitpunkt genügend Projekte baureif machen und die Finanzierung zu regeln versuchen, damit dann auch sofort mit dem Bauen begonnen werden kann, wenn wieder Mietzinsbeihilfen zugesprochen werden können. Es wird somit dem Sektionsvorstand und den Genossenschaften auch in nächster Zeit nicht an Arbeit fehlen. *P. E.*

Tapeten A.G.

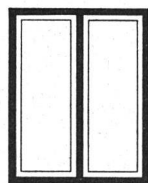
TAPETEN VORHÄNGE WANDSTOFFE

Zürich, vis-à-vis Nationalbank Tel. 25 37 30

Sponagel AG

PLATTENBELÄGE

Schlieren-Zürich
Zürcherstrasse 125
☎ 051 98 18 81



Fenster

VORTEILHAFT DURCH

FENSTERFABRIK ALBISRIEDEN AG, 8047 ZÜRICH
FELLENBERGWEG 15 TELEPHON 52 11 45